

Kirchhorst will neue Autohändler ausbremsen

Die Gemeindeverwaltung möchte eine Ausnahmeregelung tilgen und dafür die Bebauungspläne überarbeiten

KIRCHHORST (wal). Es ist ein auf den ersten Blick zwar inhaltlich kleiner, letztlich dennoch wichtiger Rundumschlag: Isernhagens Gemeindeverwaltung möchte die geltenden Regeln für das große Gewerbegebiet Erdbeerfeld an der Autobahn 7 im Ortsteil Kirchhorst auf eine neue Basis stellen. Per Änderung von gleich fünf Bebauungsplänen will man dort neue Kraftfahrzeug- und Campingwagenhändler künftig ausschließen – und so das Gewerbegebiet vor einer unerwünschten Entwicklung schützen. Doch die politische Vorentscheidung ging anders aus als gedacht.

Das Gewerbegebiet mit seiner verkehrsgünstigen Lage direkt an der Autobahnanschlussstelle Altwarmbüchen/Kirchhorst, das die Gemeinde auf ihrer Homepage als „hochwertig“ bewirbt, ist über Jahrzehnte gewachsen. Entsprechend alt sind auch die Bebauungspläne, die die Gemeindeverwaltung nun ändern möchte. Mit der Einschränkung der zulässigen Nutzung im Gewerbegebiet wolle man „negativen städtebaulichen Wirkungen“ begegnen, heißt es dazu in der Vorlage für die Politik, die als Ziel formuliert: „Es wird eine Anpassung an die gewachsene Gewerbestruktur erreicht.“

Konkret will die Verwaltung die im Erdbeerfeld bisher ausnahmsweise zulässige Ansiedlung „von Einzelhandelsbetrieben, die dem Vertrieb von Kraftfahrzeugen (Lkw/Pkw) und Campingwagen dienen“, künftig



Mit abgelaufenem Kurzzeitkennzeichen an der Heckscheibe: Ein älterer Opel Corsa steht an der Straße Großhorst.

Foto: Frank Walter

komplett ausschließen. Ausdrücklich geht es nur um Neuanordnungen: „Wer dort schon ist und eine Genehmigung hat, hat auch Bestandsschutz“, betonte Bauamtsleiterin Heike Uphoff in der jüngsten Sitzung des Planungs- und Bauausschusses des Isernhagener Rates. Uphoff zufolge hat das Verfahren zur Änderung der Bebauungspläne durchaus Druck: „Wir müssen handeln.“

Der Hintergrund dafür sind nach Informationen dieser Redaktion konkrete Genehmigungsanträge von mindestens einem Kfz-Handel an der Straße Großhorst. Dieses Gesuch hat die Gemeinde demnach zurückgestellt, was jedoch nur für die Dauer eines Jahres möglich ist. So erklärt sich der Handlungsdruck, den die Gemeinde sieht.

Im Planungs- und Bauausschuss scheiterte das Ansinnen jedoch fürs Erste, SPD und Grüne

sorgten mit ihrer Stimmenmehrheit für die knappe Abweisung. Man sehe „null Regelungsbedarf“, sagte Fabian Peters (Grüne) im Ausschuss zur Begründung, und Reinhard Lensch (SPD) sprach vom Baurecht als einem „nicht geeigneten Instrument“.

Beide bezogen sich dabei augenscheinlich jedoch nur auf die etwas nebulös formulierten Beratungsvorlagen und auf Äußerungen während der Sitzung, dass teilweise nicht angemeldete Fahrzeuge an den Straßenrändern im Gewerbegebiet ein Ärgernis seien. Das wäre tatsächlich ein Fall für das Bauamt.

Tatsächlich aber, das brachten Nachfragen nach der Sitzung in Kirchhorst ans Licht, beäugen Anwohner und auch örtliche Politiker das Treiben im Erdbeerfeld bereits seit längerem argwöhnisch. Waren es vor Jahren reihenweise und fortlaufend abgestellte Lkw-Anhänger eines Möbelhändlers und später Kleintransporter eines Express-Logistikers, die unangenehm auffielen, so störte sich mancher Kirchhorster zuletzt am Treiben eines Kfz-Händlers im Erdbeerfeld.

Ortsbürgermeister Herbert Löffler zufolge habe dieser weder ein Gewerbe angemeldet noch sein genutztes Grundstück per Ölabscheider gegen Verunreinigungen geschützt. Dem habe die Region Hannover mittlerweile einen Riegel vorgeschoben. Nun gebe es aber für ein anderes Grundstück Pläne für

einen Autohandel, auf dem der Bebauungsplan jedoch ein Bürogebäude vorsehe.

„Die Anwohner und Gewerbebetreibenden wollen nicht, dass sich so etwas etabliert“, sagt Löffler, der sich deshalb für eine Änderung der Bebauungspläne ausspricht. Dies sei „geschlossene Meinung des Ortsrates“. Und auch der Nebeneffekt solchen Handels, dass bei vollen Höfen möglicherweise Fahrzeuge einfach an unbefestigten Straßenrändern abgestellt würden, sei nicht gewünscht.

Ulrich von Rautenkranz (FDP) stimmt ihm zu: „Wir wollen dort keinen weiteren Kfz-Handel haben, sondern hochwertiges Gewerbe.“ Den Angaben der Gemeindeverwaltung auf ihrer Homepage, dass „Ansiedlungen attraktiver und innovativer Betriebe besonders erwünscht“ seien im Gewerbegebiet Erdbeerfeld, stimmt er voll zu. Man setze auf Unternehmen, die bei wenig Flächenverbrauch viele Arbeitsplätze und zudem Steuereinnahmen bedeuteten. „Kleine Autohändler bringen mehr Ärger als Nutzen für das Gebiet“, so von Rautenkranz, der doch noch auf eine Chance zur Änderung der Bebauungspläne hofft.

Das sieht im Übrigen Bürgermeister Tim Mithöfer (CDU) genauso, der eigenen Angaben nach nicht mit einer Ablehnung der Verwaltungsvorlagen im Bauausschuss gerechnet hatte. Auch für ihn steht fest: „Kfz-Handel passt nicht in dieses Gewerbegebiet.“

Weshalb wird es keine Windräder in Isernhagen geben?

Regionsversammlung hat Vorrangflächen für Windenergie im Umland beschlossen. Doch das Gemeindegebiet ist bei allen Planungen außen vor.

ISERNHAGEN (mal). Die jetzt abgeschlossene Neuplanung der Windenergiegebiete in der Region Hannover ist das Ergebnis eines mehrstufigen Verfahrens. Wurden zunächst anhand „harter“ Ausschlusskriterien wie Mindestabstände zur Wohnbebauung sogenannte Potenzialflächen identifiziert, ging es im zweiten Schritt darum, ob aus diesen Flächen tatsächlich Vorranggebiete werden können. Dabei kamen auch „weiche“ Faktoren wie der Artenschutz zum Tragen.

Die Regionsversammlung soll am Dienstag, 1. April, die Vorranggebiete für Windkraft beschließen. Doch Isernhagen ist nicht dabei: Alle möglichen Flächen rutschten bereits in der ersten Runde durchs Suchraster.

Größter Ausschlussfaktor waren die Siedlungsgebiete und die Vorsorgeabstände. Regionssprecher Philipp Westphal fasst die Situation in Isernhagen so zusammen: „Nur Splitterflächen, die zu klein für mindestens drei Windenergieanlagen sind und damit nach unseren Kriterien nicht als Vorranggebiete infrage kommen, liegen nicht in Tabuzonen.“

Hinzu kommt der Flugverkehr. Im Norden des Gemeindegebiets gelten laut Westphal wegen der Radarführungsmindesthöhen Höhenbeschränkungen für Windanlagen. Auch die Hubschraubertiefstrecken der Bundeswehr gingen als „harte“

Tabuzonen in die Planung ein. Des Weiteren müssten Sichtflugstrecken und Anflugsektoren für die zivile Luftfahrt freigehalten werden. Von diesen K.-o.-Kriterien sind ebenso Langenhagen und Garbsen aufgrund ihrer Nähe zum Airport Hannover betroffen.

Zum Teil überlagern sich die Tabubereiche, aber es gibt noch weitere im Gemeindegebiet. Darunter ist im Süden das als Naturschutzgebiet ausgewiesene Altwarmbüchener Moor.

Mit dem Artenschutz direkt hat es nichts zu tun, dass für Isernhagen keine Windenergie-Vorranggebiete ausgewiesen wurden. Dieser Aspekt wurde mangels brauchbarer Potenzialflächen gar nicht erst überprüft. Im benachbarten Burgwedel hatten sich drei kleinere Potenzialflächen als Lebensraum von Rotmilan und Kranich erwiesen – das bedeutete für diese in Betracht gezogenen Windkraftstandorte das Aus.

Im Jahr 2020 hatte es schon mal so ausgesehen, als würde auch die Gemeinde Isernhagen bald zu den vielen Kommunen mit Windenergieanlagen gehören. Die Firma Enercon wollte damals auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche östlich der Gartenstadt Lohne vier jeweils fast 100 Meter hohe Windenergieanlagen errichten. Die Gemeinde hatte mit der Ausweisung eines Vorranggebietes Windkraft und einem Bebau-

ungsplan die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Das Genehmigungsverfahren war bereits eingeleitet, wenn auch nach vielen Hürden. Bereits 2013 war es nicht nur die geschützte Rohrweihe gewesen, die der Windräderplanung in die Quere kam, letztlich aber doch nicht auf der Fläche selbst brütete.

Ein Sprecher des Deutschen Wetterdienstes, Betreiber einer Radarstation am Flughafen, hatte die geplanten Anlagen als „hochgradig schwierig“ bezeichnet. Da Windräder die Messungen behinderten, gelte eine Verbotszone von 15 Kilometern, so die damalige Auffassung – die geplanten Anlagenstandorte in der Neuwarmbüchener Feldmark befänden sich ganz knapp im Tabubereich. Windanlagenbauer Enercon klagte dagegen und bekam recht.

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens seien dann aber wohl aus Gründen des Artenschutzes Abschaltzeiten verlangt worden, die den Betrieb aus Sicht des Vorhabenträgers unwirtschaftlich gemacht hätten, erinnerte sich Isernhagens Bauamtsleiterin Heike Uphoff. Die Pläne seien deshalb nicht weiter verfolgt worden. Und so muss die Gemeinde Isernhagen weiterhin auf andere regenerative Energien wie Photovoltaik setzen – mit Windenergie wird es wohl nichts.

Jetzt Job finden unter:
www.jobsfuerniedersachsen.de

Jobs für NIEDERSACHSEN

Meine Familie ist hier.
Unsere Jobs gleich nebenan.